

II-3955 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2068/J

1988 -04- 2 6

A N F R A G E

der Abgeordneten MOTTER, Dr. STIX, DR. DILLERSBERGER  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend nicht eingehaltene Zusage für eine 3. Assistentenstelle am  
Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität  
Innsbruck.

Der Vorstand des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehun-  
gen der Universität Innsbruck hat sich bereits in einem Schreiben vom  
November 1986 an den damaligen Bundesminister für Wissenschaft und For-  
schung, Herrn Dr. Heinz Fischer, mit der Bitte um die Gewährung der im  
Zuge der Berufungsverhandlungen beantragten dritten Assistentenplanstelle  
für europarechtliche Angelegenheiten gewandt. In einem Antwortschreiben  
vom 16. Jänner 1987 bestätigte das Ressort die Dringlichkeit dieser zu-  
sätzlichen Assistentenplanstellen, die Zuteilung erfolgte jedoch bis  
heute nicht.

Im Hinblick auf eine allfällige EG-Mitgliedschaft gewinnen jedoch die  
Rechtsfragen österreichischer EG-Beziehungen zunehmende Aktualität. Aus  
diesem Grund bemühen sich derzeit auch alle österreichischen rechts-  
wissenschaftlichen Fakultäten um die dienstpostenplanmäßige Abdeckung  
von Forschung und Lehre im Europarecht, zumal im Parlament bald ein Be-  
schluß gefaßt wird, durch den es möglich sein wird, Diplomarbeiten im  
Fach Europarecht zu schreiben.

Besonders das Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen  
der Universität Innsbruck bleibt bis heute das einzige in Österreich, an  
dem ein für Europarecht Habilitierter lehrt bzw. das über eine ausgeprägte  
europarechtliche Tradition und auch Dokumentation verfügt. Die laufende  
Tätigkeit des Instituts kann mit 2 Assistentenplanstellen kaum mehr be-  
wältigt werden, laufende Forschungsprojekte und andere wissenschaftliche  
Arbeiten müssen daher zurückgestellt werden, zumal das vom Institut ange-  
botene Wahlfach "Europarecht" das bei weitem meistgewählte Fach dieser  
Wahlfachgruppe ist und einen hohen Betreuungs- und Prüfungsaufwand verlangt.

./2

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

A n f r a g e :

1. Weshalb wurde die bei den Berufungsverhandlungen zugesagte Assistentenplanstelle für europarechtliche Angelegenheiten am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck bis jetzt nicht zugeteilt?
2. Wann ist mit einer Zuteilung zu rechnen?
3. Welche Anträge auf Planstellen für Europarecht liegen seitens anderer rechtswissenschaftlicher Fakultäten vor?
4. Welchen diesbezüglichen Anträgen wird seitens Ihres Ressorts Rechnung getragen werden können?